



Detailansicht des Registereintrags

GermanZero e.V.

Aktuell seit 26.06.2025 13:01:51

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002020
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	26.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontakt Daten:	Adresse: GermanZero e.V. Franklinstraße 27 10587 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493039807590 E-Mail-Adressen: info@germanzero.de lobbyregister@germanzero.de Webseiten: http://germanzero.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

420.001 bis 430.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

4,04

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Albrecht von Sonntag

Funktion: Vorstand

2. Friedemann Brockmeyer

Funktion: Vorstand

3. Dr. Martin Oetting

Funktion: Vorstand

4. Michael Schäfer

Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (53):

1. Johann Stöcker

2. Johnny Stengel

3. Xenia Gomm

Tätigkeit bis 12/22:

Praktikum giz Internationale Klimaschutzinitiative Small Grants

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

4. Emmanuel Schlichter

5. Diane Borchers

6. Frauke Hänel

7. Guntram Berti

8. Irmela Hannover

9. Karin Armbruster

10. Carlos Pusch

11. Michael Mittag

12. Moritz Fischer

13. Rachel Ketley

14. Jörn-Henrich Schäfertöns

15. Frank Lehmann

Tätigkeit bis 12/21:

Referats- und Abteilungsleiter der BZgA

im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) oder dessen Geschäftsbereich

16. Martin Hofmann

17. Hans-Jürgen Münnig

18. **Stefan Wilkes**
19. **Diana Sträuber**
20. **Fabian Röling**
21. **Gunnar Harms**
22. **Meike von Appen**
23. **Kira Loy**
24. **Sandra Neubauer**
25. **Frank Kose**
26. **Nils Barkawitz**
27. **Paulin Zahn**
28. **Max Allmendinger**
29. **Kerstin Braun**
30. **Kurt Schneider**
31. **Sebastian Gruben**
32. **Johannes Hofmann**
33. **Jürgen Stephan**
Tätigkeit:
Patentprüfer
im Bundesministerium der Justiz (BMJ) oder dessen Geschäftsbereich
34. **Anne Fox**
35. **Trietsch Björn Thorsten**
36. **Carsten Haker**
37. **Dominik Wagner**
38. **Florian Klever**
39. **Frederike Wittfoth**
40. **Gregor Bauer**
41. **Günter Auch**
42. **Holger Rohlfs**
43. **Marie Finsterwalder**
44. **Meike Daumen**

- 45. **Willner Nadine**
- 46. **Stefanie Reppmann**
- 47. **Tim Berweiler**
- 48. **Tobias Lübbert**
- 49. **Anheyer Wolfgang**
- 50. **Yannic Kruse Kruse**

51. **Stella Eick**
Tätigkeit bis 04/25:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

52. **Sven-Christian Kindler**
Tätigkeit bis 03/25:
Mitglied des Deutschen Bundestages

53. **Michael Schäfer**

Gesamtzahl der Mitglieder:

14 Mitglieder am 07.05.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (1):

- 1. Klima-Allianz Deutschland e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Staatsorganisation; Artenschutz /Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

GermanZero e.V. wurde 2019 als eingetragener, gemeinnütziger Verein gegründet und agiert seitdem als unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteur mit dem Schwerpunkt auf Klimaschutz in Deutschland. Organisiert ist der Verein über seinen Vorstand und die Mitglieder. Die Inhalte und Interessen des Vereins werden erarbeitet und ausgeführt durch hauptamtlich angestellte Mitarbeiter:innen. Zudem legt GermanZero großen Wert auf transparente und partizipatorische Arbeitsvorgänge. Daher unterstützt eine Vielzahl von Ehrenamtlichen die Arbeit des Vereins auf

unterschiedlichen Ebenen.

Das übergeordnete Ziel von GermanZero liegt im Interesse und Sinne der Generationengerechtigkeit, den folgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Dafür muss das Paris-Ziel eingehalten und die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden, nur so lassen sich die schwerwiegendsten Folgen der Klimakrise abdämpfen.

Um eine Klimaneutralität zu gewährleisten, hat GermanZero ein Maßnahmenpaket mit mehr als 200 Maßnahmen entwickelt, die in ihrer Gesamtheit helfen, alle relevanten Sektoren im Sinne des 1,5-Grad-Ziels umzugestalten. Die einzelnen Maßnahmen sind alle wissenschaftlich geprüft und genau aufeinander abgestimmt, bieten aber auch im Einzelnen die Möglichkeit zu Alternativen. In ihrer Gänze ermöglichen sie die sozial verträgliche Dekarbonisierung Deutschlands. Das Maßnahmenpaket beinhaltet einige unumgängliche politische Hebel des Klimaschutzes und eine Menge kleinere. Grundsteine sind:

- ein neues CO₂-Preisregime
- die Transformation des fossilen Energiesektors
- die Dekarbonisierung des Industriesektors integriert mit einer Wasserstoffstrategie
- notwendige Maßnahmen im Gebäudesektor und eine Wärmewende
- konkrete Maßnahmen für eine Verkehrswende
- wirkungsvolle Maßnahmen für die Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase in der Landwirtschaft.

Das gesamte Maßnahmenpaket finden sich auf der GermanZero Website.

Darauf aufbauend ist in einem nächsten, mehrstufigen Prozess das 1,5-Grad-Gesetzespaket entstanden. Dabei wurden die einzelnen Maßnahmen in konkrete Gesetzestexte formuliert, formfertig für die Politik. Inklusive eines neuen Energiegesetzbuches.

Der Entwicklungsprozess beider Pakete verlief transparent und vor allem partizipatorisch. Gemeinsam mit Expert:innen, Interessengruppen und Bürger:innen wurden die ausgewählten Maßnahmen kritisch geprüft und angepasst und im weiteren Schritt in die konkreten Gesetzestexte verfasst. Auch hier hatte GermanZero Unterstützung von ehrenamtlichen Jurist:innen. Die Ehrenamtlichen bilden somit ein Herzstück des Vereins.

Da beide Pakete sektorübergreifend sind, verteilen sich unsere Hauptadressat:innen in der Politik über alle demokratische Parteien und Ministerien des Bundestages. Unsere Gespräche richten sich an MdB und die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen.

Ziel der Gespräche ist eine kritische Auseinandersetzung, Aufklärung und Überzeugungsarbeit über die für das Paris-Ziel notwendige klimapolitische Gesetzgebung. Initialpunkt sind Gespräche mit partizipierenden Bürger:innen in den Bürger:innensprechstunden in den Heimatwahlkreisen der MdB. Bei Interesse an der Arbeit führt GermanZero anschließend selbst Gespräche mit den MdB und den zuständigen wissenschaftlichen Fachreferent:innen zu den Themen, zu welchen Beratung gewünscht ist. Im Zuge der Interessensvertretung finden auch politische Diskussionsrunden mit MdB, Infostände auf Events o.ä. unter Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Konkrete Regelungsvorhaben (39)

1. Befristung der Nutzung fossiler Brennstoffe in der Industrie

Beschreibung:

Für bestehende und neue industrielle Anlagen soll ein frühzeitiger Stichtag festgelegt werden, ab dem keine energetiebedingten Treibhausgasemissionen mehr ausgestoßen werden dürfen. Zusätzlich sind Genehmigungsverfahren auf klimaneutralitäts-kompatible Industrieanlagen zu limitieren.

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

2. Ausweitung der Klimaschutzverträge

Beschreibung:

Staatliche Finanzhilfen im Kontext der Klimaschutz-Transformationen sollen über Programme wie das der Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference), bei denen die Förderung an jeweils geltende CO₂-Preise (des Emissionshandels) gebunden werden, vorangetrieben werden und mit umfangreicheren Mitteln ausgestattet werden.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

3. Mittelfristige Begrenzung von Carbon Capture auf prozessbedingte Restemissionen

Beschreibung:

Bis ausreichend erneuerbare Energie zur Verfügung steht, soll Carbon Capture dynamisch für Restemissionen wie die der Kalzinierung ermöglicht werden, ansonsten aber beschränkt werden. In Bezug auf CCU soll die Gesamtbetrachtung des rohstofflichen Lebenszyklus aufgegriffen werden. Statt einer generellen Anschlussfähigkeit soll der Fokus beim Transportnetz auf industriellen Punktquellen liegen (erst perspektivisch auf dezentralen DAC-Projekten). Transport und Speicherung von CO₂ aus Verbrennung fossiler Energieträger sollen grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

4. Integration verpflichtender Nachhaltigkeitskriterien im Bereich öffentlicher Beschaffung

Beschreibung:

Öffentliche Beschaffung soll an verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden. Dabei sollen Lebenszyklusanalysen und Emissions-Folgekosten stärker in preisliche Abwägungen einbezogen werden. Analog zur AVV Klima soll eine Regelung auf Kommunal- bzw. Landesebene geschaffen werden. Außerdem ist die (Teil-)Finanzierung entsprechender Vorhaben aus Bundesmitteln zu ermöglichen (ggf. durch eine Grundgesetzänderung). Letztlich sollen Rezyklat-Einsatzquoten und effektivere Produktkennzeichnungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft eingeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

5. **Implementierung einer Klimaschutz-Endproduktabgabe**

Beschreibung:

Um Kostenanreize für klimaschonendes Verhalten zu setzen, soll eine Endproduktabgabe etabliert werden, die von Konsumenten beim Kauf neu hergestellter Produkte gezahlt wird – unabhängig davon, ob es sich um einheimische oder importierte Produkte handelt. Diese Abgabe berechnet sich anhand der Kosten jener CO₂-Emissionen, die über den Lebenszyklus der Produkte verursacht werden.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

6. **Einführung adequater Besteuerung für nicht-energetische Primärnutzung fossiler Energieträger**

Beschreibung:

Auch die nicht-energetische Primärnutzung fossiler Energieträger soll anhand jener Emissionen besteuert werden, die bei der Gewinnung entsprechender Rohstoffe entstehen oder (potenziell) bei nachgelagerter Entsorgung freigesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

7. **Erweiterung von Ökodesign-Regulierung um das Top-Runner-Prinzip**

Beschreibung:

Ein klimaschutzorientiertes Top-Runner-Prinzip, d.h. eine dynamische Anpassung der Mindeststandards, orientiert an den jeweils nachhaltigsten Produkten, soll in die europäische Ökodesign-Verordnung und in davon abgeleitete Regelungen zur Produktion von Waren integriert werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

8. Stärkere Beschränkung der Nutzung von F-Gasen

Beschreibung:

Emissionen durch die atmosphärische Freisetzung von F-Gasen sollen werden verhindert, indem die Benutzung der Stoffe grundsätzlich und schneller als bisher geplant, untersagt wird.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

9. Verkauf neuer PKW und leichter Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren ab 2027 stoppen

Beschreibung:

Neue Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor bis 7,5 Tonnen zulässige Gesamtmasse – also Pkw und leichte Nutzfahrzeuge (LNF) sowie Motorräder, inkl. Hybride – sollen ab 2027 nicht mehr verkauft werden dürfen.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

10. Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen

Beschreibung:

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und anderen bislang unbegrenzt freigegebenen Straßen soll begrenzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

StVO 2013 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

11. Verkauf neuer LKW und Busse mit Verbrennungsmotoren drastischer reduzieren

Beschreibung:

Der Verkauf neuer Fahrzeuge (Lkw und Busse) ab 7,5 Tonnen zulässige Gesamtmasse mit Verbrennungsmotor sollen ab 2030 drastisch reduziert werden, sodass 75% der Neuwagenflotte emissionsfrei sind. Ab 2035 sollen 90% emissionsfrei sein, während der Rest emissionsfrei oder hybrid mit Range-Extender (REX) sein soll. Zudem braucht es einen Aufbau der Schnellladeinfrastruktur über die Vorgaben der EU und aktuellen Ziele der Bundesregierung hinaus.

Interessenbereiche:

Güterverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

12. Erhöhung der Quoten für alternative Kraftstoffe im Straßenverkehr

Beschreibung:

Die Treibhausgas-Minderungsquote für fossile Kraftstoffe soll im Straßenverkehr bis 2035 auf 100% erhöht werden (derzeitiges Ziel für 2030 ist 25%). Um die Quote zu erfüllen, braucht es insbesondere eine Ausweitung der Kooperationen mit Ländern in Europa mit Überschuss an erneuerbarem Strom.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

13. Einrichtung einer staatlichen Energieausbauagentur

Beschreibung:

Die Schaffung einer Energieausbauagentur soll für bessere Koordinierung des Ausbaus erneuerbarer Energien und Speicher sorgen und damit flächendeckende und stabile Energieversorgung gewährleisten.

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

14. Beschleunigter Ausbau Photovoltaik

Beschreibung:

Der Ausbau von Photovoltaikanlagen soll durch die Einführung einer Solarpflicht für Neubauten, sowie durch Förderung für Freiflächen-PV-Anlagen beschleunigt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8657 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

15. Beschleunigter Ausbau Windkraft

Beschreibung:

Der beschleunigte Ausbau der Windkraft soll über Genehmigungsfiktion, finanzielle Beteiligung von Kommunen, leichter Nutzung öffentlicher Flächen und verbesserte Investitionsbedingungen vorangetrieben werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/2355 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

16. Begrenzung des Imports von LNG**Beschreibung:**

Die Begrenzung des LNG-Imports in Deutschland soll den Verbrauch von verflüssigtem Erdgas (LNG) kontrollieren und reduzieren. Zur Umsetzung dessen soll auf langfristige Lieferverträge für LNG verzichtet werden. Außerdem sind Investitionen in LNG-Infrastruktur zu begrenzen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7279 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

17. Verbesserung der Voraussetzungen für lokale Bürgerenergiegesellschaften**Beschreibung:**

Zur Verbesserung der Voraussetzungen für lokale Bürgerenergiegesellschaften sollen Betreiberpflichten reduziert und finanzielle Anreize erhöht werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

18. Steigerung der Rate und des Tiefegrads energetischer Sanierungen**Beschreibung:**

Für energetische Sanierungen sollen Sanierungsfahrpläne und Klimaberatung verpflichtend werden, die Sanierungstiefe ausgeweitet werden und eine Sanierungsverpflichtung für energieineffiziente Gebäude durchgeführt werden.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

19. Modernisierungsumlage durch das Drittelmodell reformieren

Beschreibung:

Die Kosten energetischer Sanierungen sollen nicht mehr nur von den Mietenden gezahlt, sondern gleichmäßig zwischen Vermieter:innen, Mieter:innen und Staat aufgeteilt werden. Bei unzumutbarer Härte sollte die Mieterhöhung über die Wohngeldkasse aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

20. Umlegung aller CO2-Kosten eines Gebäudes auf Vermietende

Beschreibung:

Die CO2-Kosten, die sich aus dem energetischen Zustand eines Gebäudes ableiten lassen, sollen vollständig auf Vermietende umgelegt werden

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 580/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten (Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz - CO2KostAufG)

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

21. Einführung des Nullenergiestandard als Voraussetzung für Neubauten.

Beschreibung:

Null-Energie-Gebäude sollen anstelle der Niedrigstenergiegebäude als Standard für Neubauten definiert werden. Auf das öffentliche Strom- und Wärmenetz sollen diese Gebäude nur in Ausnahmefällen zurückgreifen müssen.

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

22. Etablierung der Ökobilanz als Kriterium bei der Erteilung von Baugenehmigungen

Beschreibung:

Die Baugenehmigung für einen Neubau sollte an die Voraussetzung geknüpft werden, dass ein bestimmter Wert in der Ökobilanz über den gesamten Lebenszyklus nicht überschritten werden darf. Der Grenzwert soll anhand eines aktuellen Durchschnittswerts festgelegt und anschließend linear abgesenkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

23. Exklusive Förderungen standardübertreffender Gebäude**Beschreibung:**

Nach der Bundesförderung für effiziente Gebäude sollen nur solche Neubauten gefördert werden, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Standards verwirklichen. Diesbezüglich in Frage kommen Plusenergiehäuser sowie Gebäude mit einem besonders hohen Maß an Kreislauffähigkeit, mit kurzen Transportwegen der verwendeten Baustoffe und mit Verwendung nachwachsender Rohstoffe.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

24. Abbau rechtlicher Hemmnisse für die Verwendung der Holzbauweise**Beschreibung:**

Abweichungsmöglichkeiten der bestehenden Vorschriften bezüglich des Feuerwiderstands sollen geschaffen werden, um Holz auch in Hochhäusern und Treppenträumen verwenden zu können.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

25. Einführung der Pflicht zur Rückbauplanung als Voraussetzung für eine Baugenehmigung**Beschreibung:**

Bei einem Antrag auf eine Baugenehmigung muss die Vorlage einer Rückbauplanung verpflichtend sein. Diese ist so zu erstellen, dass vorrangig eine Wiederverwendung durchgeführt wird und an zweiter Stelle Stoffe dem Recycling zugeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

26. Einführung einer Pflicht zum Rückbauplan vor Abriss**Beschreibung:**

Wird eine Abrissgenehmigung beantragt, so soll verpflichtend ein Rückbauplan vorgelegt werden, in dem dargelegt wird, welche Baumaterialien welcher Form der Verwertung zugeführt werden.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

27. Implementierung einer Quote für Recyclingbaustoffe**Beschreibung:**

Der vorrangige Einsatz von Sekundär- bzw. Recyclingbaustoffen soll gesetzlich verankert werden. In Anlehnung an das Kreislaufwirtschaftsgesetz für Bau- und Abbruchabfälle sollten in der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) klare Quoten-Vorgaben für mineralische Recyclingbaustoffe ergänzt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 237/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Ersatzbaustoffverordnung und der Brennstoffwechsel-Gasmangellage-Verordnung

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ErsatzbaustoffVEV/BBodSchVNeuf/DepV2009uaÄndV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

28. Bevorzugte Verwendung von Recyclingbaustoffe bei der öffentlichen Auftragsvergabe

Beschreibung:

Alle Bundesländer sollen einen Vorrang sekundärer, ökologisch vorteilhafter Baustoffe bei der Auftragsvergabe einführen. Um den Grundsatz der Sparsamkeit trotz zunächst kostenintensiverer Recycling-Baustoffe einzuhalten, kann ein fiktiver CO₂-Preis auf Primärmaterialien erhoben werden.

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

29. Reform des nationalen und der europäischen Emissionshandelssysteme

Beschreibung:

Die europäischen Emissionshandelssysteme I und II sollen mittels Anpassung der jeweiligen Reduktionsfaktoren an wissenschaftlich fundierten Treibhausgas-Restbudgets ausgerichtet werden. Außerdem soll der soziale Ausgleich sichergestellt und die Voraussetzung für sektorale und globale Anschlussfähigkeit geschaffen werden. Die Preise des momentan bestehenden nationalen Emissionshandels sollen derweil an die zu erwartenden Preises des ETS II angepasst werden, um Preishocks beim Übergang zu verhindern.

Betroffenes geltendes Recht:

BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

30. Entzerrung der Tierhaltung durch Flächenbindung

Beschreibung:

Die räumliche Entzerrung der Tierhaltung soll durch Flächenbindung erfolgen, d.h. durch eine Begrenzung der Tieranzahl pro Fläche.

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

31. **Anpassung der gemeinsamen Agrar-Politik der EU im Sinne des Moorschutzes**

Beschreibung:

Ab der nächsten Förderperiode der GAP im Jahr 2027 sollen Landwirt:innen für die Bewirtschaftung trockengelegter Moorflächen keine Flächensubventionen (aktuell 156 Euro pro ha) mehr erhalten, da es sich hierbei um eine klimaschädliche Bewirtschaftung handelt. Stattdessen sollen nur noch Moorflächen, die wiedervernässt bewirtschaftet werden (Paludikultur), diese Förderung der ersten Säule der GAP erhalten.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

32. **Attraktivitätssteigerung des Schienenpersonenfernverkehr (SPFV)**

Beschreibung:

Schaffung eines bundesweiten Aufgabenträgers, vergleichbar mit den Aufgabenträgern des ÖPNV, der den Eisenbahnverkehr für unterbediente Strecken und Orte im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Leistung sicherstellt.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

33. **Attraktivitätssteigerung öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Beschreibung:

Kommunen müssen ermächtigt werden, eine Arbeitgeberabgabe, Erschließungsabgabe für Bauherren und City-Pkw-Maut einzuführen. Weiterhin sollen die Regionalisierungsmittel, die vom Bund an die Länder bereitgestellt werden, gesteigert werden und dabei an Leistungsziele wie Taktdichte gekoppelt werden.

Zudem muss eine bundesweite Koordinierungsstelle eingerichtet werden, mit dem Ziel autonomes Fahren flächendeckend vor 2030 im ÖPNV und On-Demand-Ridesharing einzuführen.

Betroffenes geltendes Recht:

StVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

34. **Attraktivitätssteigerung Schienengüterverkehr (SGV)**

Beschreibung:

Das Ziel der Bundesregierung der Güterverkehrsanteil bis 2030 auf 25% zu steigern soll auf 30% erhöht werden. Um dieses zu erreichen braucht es insbesondere einen bundesweiten Aufgabenträger, vergleichbar mit den Aufgabenträgern des ÖPNV, der den Ausbau von Gleisanschlüssen, des Einzelwagenverkehrs und von Terminals für den kombinierten Verkehr Straße/Schiene im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Leistung sicherstellt.

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

35. Attraktivitätssteigerung des Schienenverkehrs

Beschreibung:

Für den Schienenfernverkehr, Schienennahverkehr und den Schienengüterverkehr braucht es eine Kostenentlastung. Dafür sollen die Trassenpreise - "Schienenmaut", die auf allen Strecken und für alle Züge fällig ist - gesenkt werden und die Stromsteuer ganz entfallen. Die Trassenpreise sollen weiterhin nach CO2-Emissionen gestaffelt werden. Nicht zuletzt muss die langfristige Finanzierung für Digitalisierung sowie für Infrastrukturausbau sichergestellt werden.

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

36. Einführung eines Emissionshandel für tierische Produkte

Beschreibung:

Um den Tierbestand in der Landwirtschaft bis 2030 zu halbieren, soll ein Emissionshandel für tierische Produkte eingeführt werden.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

37. Schuldenbremsenreform zur Sicherstellung von Finanzmitteln für Klimaschutz

Beschreibung:

GermanZero e.V. setzt sich für die Schaffung ausreichender Finanzmittel zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ein. Eine Reform der Schuldenbremse ist unerlässlich, um Investitionen in Klimaschutz, nachhaltige Infrastruktur und soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen. Ziel ist es, Artikel 109 und 115 des Grundgesetzes so anzupassen, dass insbesondere die Finanzierung klimarelevanter Projekte planbar und nachhaltig gesichert ist. Dies umfasst auch die Einführung klarer Ausnahmetatbestände, wie die Einstufung der Klimakrise als Naturkatastrophe, und die Erweiterung des Investitionsbegriffs, um ökologische und soziale Fortschritte zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Staatsorganisation [\[alle RV hierzu\]](#)

38. **Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz**

Beschreibung:

GermanZero e.V. fordert die Verankerung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz, um die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für umfassenden Klimaschutz auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu schaffen. Mit einer Ergänzung von Artikel 91a GG sollen Kommunen und Länder in die Lage versetzt werden, notwendige Klimainvestitionen durchzuführen. Dazu gehört die Einführung eines Finanzierungsmechanismus, der die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf allen Ebenen fördert.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Staatsorganisation [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506260035](#) (PDF - 23 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

39. **Finanzierung notwendiger Klimaschutzmaßnahmen sicherstellen.**

Beschreibung:

Das Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität in Höhe von 500 Mrd. Euro soll laut Artikel 143h Grundgesetz „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045“ verwendet werden. Das Errichtungsgesetz für das Sondervermögen und die kommenden Haushaltsgesetze müssen dahingehend gestaltet werden, dass keinerlei Geldmittel in fossile bzw. klimaschädliche Infrastruktur fließen. Stattdessen müssen die Mittel zusätzliche Klimaschutzinvestitionen finanzieren. Dafür setzen wir uns gegenüber der Bundespolitik ein.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [\[alle RV hierzu\]](#); EKFG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Neustrelitz

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Zuwendung im Rahmen des Förderprogramms TransformD 2024_25 Themenschwerpunkt:
Klimawandel

2. **Umweltbundesamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dessau-Roßlau

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Zuwendung im Rahmen der Verbändeförderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.800.001 bis 1.810.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Postcode Lotterie DT gemeinnützige GmbH**

Betrag: 490.001 bis 500.000 Euro

Die Deutsche Postcode Lotterie unterstützte GermanZero mit einer zweckungebundenen
Förderung für das Jahr 2024.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[20250626_GZ_JA_Bilanzbericht2023Kurzbericht.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[GermanZero_Ethische_Richtlinien.pdf](#)